Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 3 — **Mittwoch, den 5. Januar 1921** — **49. Jahrgang**

Englisch-französische Gegensätze.

Deutschland hat seine Verpflichtungen mit Ehren erfüllt.

(W) Wie der „Matin" aus London berichtet, wird durch Reuter über die Entwaffnungsfrage Deutschlands eine Note veröffentlicht, in der es heißt: Die englische Regierung ist allgemein befriedigt, wie Deutschland die Waffen abliefert bezw. zerstört. Sie ist insbesondere der Ansicht, daß Deutschland die auf der Konferenz in Spaa übernommenen Verpflichtungen mit Ehren erfüllt hat und wenn es wirklich wahr sei, daß sich in Deutschland noch hier und da Waffen versteckt finden, muß man anerkennen, daß sich die deutsche Regierung sehr großen Schwierigkeiten gegenüber befindet, für die die Schuld der deutschen Regierung nicht zugeschoben werden kann. Trotzdem sei die englische Regierung der Ansicht, daß die Entwaffnung erst durchgeführt sei, wenn alle Waffen abgeliefert wären. Deshalb müsse die Kontrolle der Alliierten fortgesetzt werden.

Für eine Besetzung des Ruhrgebiets weder Interesse noch Stimmung.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus London: Die Nichterfüllung eines kleinen Teiles des Spaaer Protokolls macht keinesfalls den automatischen Eintritt der Oktupation zur Folge, wie Lloyd George in Spaa ausdrücklich bemerkte. Es könne nur eine interalliierte Aktion in Frage kommen. Eine unabhängige Aktion Frankreichs würde bindende Verpflichtungen verletzen, wozu Leygues keineswegs bereit ist. Daily Telegraph, der über die französische Politik gut informiert ist, wiederholt, daß Foch eine Okkupation nicht beantragt hat und erinnert, daß das Ruhrgebiet nicht an das französische Besetzungsgebiet grenze, was oft übersehen werde. Für eine interalliierte Aktion im Ruhrgebiet ist weder ein gemeinsames Interesse noch Stimmung vorhanden, vorausgesetzt, daß die deutsche Politik kapitale Fehler vermeidet.

Der englisch-französische Gegensatz in der Entschädigungsfrage.

(TU) Nach dem gestrigen „Temps" ist der alte Gegensatz zwischen Frankreich und England in der Entschädigungsfrage neuerdings wieder schärfer zu Tage getreten. Die französische Regierung will auch heute noch eine genaue Festsetzung der Gesamtsumme, die Deutschland zu zahlen habe, vermeiden, während England energisch darauf dringt, daß spätestens bis zum 1. Mai 1921 die Gesamtsumme endgültig festgesetzt werde. Aus Pariser informierten Kreisen verlautet, daß Frankreich geneigt sei, einer Herabsetzung der monatlichen Kohlenlieferungen zuzustimmen, verlange aber dafür auch eine Herabsetzung ihres Preises.

Englische Drohung.

(TU) Nach englischen Berichten wurde am letzten Montag in Berlin eine Note der englischen Regierung überreicht, in der sie die französische Forderung auf Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen aus dem Clearingverfahren unterstützt und damit droht, daß England, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, mit der Liquidation des deutschen Eigentums in England in vollem Umfange fortfahren werde. Da aber gegenwärtig in Verfolg der Brüsseler Konferenz die grundsätzlichen Besprechungen über das Ausgleichsverfahren in Paris wieder aufgenommen werden, will England das Ergebnis abwarten, bevor es seine Drohung ausführt. Wie schon früher erwähnt, hat Frankreich die Fortsetzung der Verhandlungen über die deutschen Vorschläge zur Abänderung des Ausgleichsverfahrens vor dem Auseinandergehen der Konferenz von einer sofortigen Zahlung von 50 Millionen Mark abhängig gemacht.

Kaiser Wilhelm zum Tode Bethmann Hollwegs.

(W) Aus Schloß Doorn ist folgendes Telegramm an den Sohn des verstorbenen ehemaligen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg eingegangen: Ich spreche Ihnen und Ihrer Gräfin Schwester meine herzlichste Teilnahme bei dem so unerwarteten Hinscheiden Ihres Herrn Vaters, meines früheren Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg aus. Der nun Verewigte war ein edler Mann. Seine Verdienste und seine Sorge um das Wohl des Volkes waren von ehrlicher Ueberzeugung getragen, von dem aufrichtigen Willen zum Guten. Sein Wirken gehört der Geschichte an, sein Gedächtnis wird von mir hoch geachtet bleiben. Ich habe meinen Sohn Oskar beauftragt, dem Verewigten die letzte Ehre zu erweisen. Wilhelm.

Weiter befinden sich unter den eingegangenen Beileidstelegrammen solche des Erzbischofs von Köln, Schulte, des Staatsministers Südekum, des Staatssekretärs von Jagow, des Abg. Konrad Hausmann, des Staatssekretärs Albert, des Staatsministers Trott zu Solz, des Staatsministers von Breitenbach, des früheren Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen, des Oberpräsidenten von Schulenburg.

Die kapitalistische Konzessionspolitik der Sowjetregierung.

(W) Ueber die Konzessionspolitik der Sowjetregierung macht nach einer Prawdameldung Lomow, der Vizepräsident des obersten Wirtschaftsrates, Mitteilung, wonach noch keinerlei Konzessionen abgeschlossen worden sind. Es liegen aber bereits ausgearbeitete und nahezu vollständig genehmigte Pläne vor. Lomow zählte eine Anzahl Konzessionen auf und erwähnte dabei, daß auch mit dem bekannten Verbande der großen deutschen Farbwerke wegen Interessengemeinschaft für die Herstellung von Farbstoffen und pharmazeutischen Waren verhandelt werde. Die Konzessionsinhaber verpflichten sich, die Produktion in den früheren Filialen der deutschen Farbwerke in Rußland zu ordnen. Innerhalb fünf Jahren nach Abschluß der Konzessionen sollen 4600 To. Farbstoffe und 815 To. Drogen jährlich hergestellt werden. Den Konzessionsinhabern sollen 80% der Roheinnahmen zufallen. Aehnlich sind die Konzessionen für Lederwerke, Sägewerke usw. geplant. Wenn dieser Mitteilung auch unverkennbare propagandistische Absichten zugrunde liegen, so sind sie doch als Zeichen für die starken Aenderungen in den Theorien der Sowjetregierung von Bedeutung. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß Moskau unter dem Namen „Konzessionen" industrielle Werke aller Art durchaus kapitalistisch betreiben lassen will.

Streikverbot in Sowjetrußland.

(TU) Die Sowjetregierung hat ein Dekret bezüglich der Ausstände erlassen. Jeder Ausstand wird in Zukunft streng untersagt. Ausständige Arbeiter werden mit Gefängnis von 1 bis 5 Jahren bestraft. Den Familienmitgliedern, soweit diese nicht selbst Arbeiter sind, werden die Ernährungskarten entzogen.

Tagesereignisse.

— **(Ehrenbachs Neujahrswunsch für die Parteien.)** Der Reichskanzler Fehrenbach kommt in einem Rück- und Ausblick in der „Deutschen Allgem. Ztg." darauf zu sprechen, daß die Männer, die in schwierigen Verhandlungen um die deutschen Lebensbedingungen mit unseren Vertragsgegnern kämpfen, leichteren Stand hätten, wenn hinter ihnen in diesen Schicksalsfragen ein starker einheitlicher Volkswille stände. In letzter Zeit habe sich auf dem Boden gemeinsamer Arbeit eine gewisse Milderung der Gegensätze der sich allzu feindselig gegenüberstehenden Klassen und Parteien zweifellos vollzogen. Dies gebe uns die Richtlinien für die Zukunft. Versöhnungswillen auf dem Boden gemeinsamer Arbeit für unser Volk, das müsse in diesen schweren Tagen unser Leitwort sein.

— **(Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers?)** In politischen Kreisen spricht man davon, daß Bundeskanzler Mayer zurücktreten und als Gesandter nach Paris gehen werde. Es sollen bereits Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten Schober geführt werden, der als Bundeskanzler an Stelle Mayers in Aussicht genommen sei. Es handelt sich bisher um Kombinationen. Aus Kombinationen können aber immerhin Tatsachen entstehen.

— **(Erneuerung des Spaaer Kohlenabkommens.)** Es ist stark davon die Rede, das Uebereinkommen von Spaa bezüglich der Kohlenpreise zu erneuern; in diesem Sinne hebt eine Pressekampagne an. Die inneren und äußeren Voraussetzungen, die erwirkt hätten, daß die Prämie von 5 Mark Gold pro Tonne angenommen wurde, hätten sich verändert. Es wird geltend gemacht, daß die 5 Mark Prämie von der deutschen Regierung nicht, wie abgemacht, zur Verbesserung der Nahrungs- und sonstigen Lebensverhältnisse der Bergarbeiter verwendet würden. Der Pariser Abgeordnete Rollin äußert im „Journal" die Ansicht als die der Regierung.

— **(Der Kohlenüberfluß in Le Havre.)** Informationen aus Le Havre besagen, daß im Hafen 6766 Tonnen Kohlen, welche aus Baltimore mit dem Dampfer „Salaberry" eingetroffen waren, öffentlich zu 70 Franken die Tonne an Schiffsangehörige verkauft wurden.

— **(Die Politik Frankreichs.)** Einem Vertreter des Petit Parisien gegenüber äußerte sich Ministerpräsident Leygues über die äußere Lage Frankreichs zu Beginn des neuen Jahres. Er gab seiner vollen Befriedigung über diese Lage Ausdruck. Frankreich befinde sich im Einverständnis mit England. Das zeigte sich besonders bei den letzten Zusammenkünften. Ein schwieriges Problem neben allen anderen sei augenblicklich durch die Frage der Entwaffnung Deutschlands gestellt. Er könne sagen, das alles normal verlaufe. Die französische Regierung teilte Deutschland alle Verstöße gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages mit. Der Bericht des Marschalls Foch sei von der interalliierten Militärkommission gebilligt worden. Die alliierten Regierungen befaßten sich mit dieser Frage. Es werde jedenfalls demnächst eine Besprechung zwischen den alliierten Ministerpräsidenten über die Haltung stattfinden, die man gemeinsam einzunehmen gedenke. Während dieser Zusammenkunft würden alle Probleme, besonders die Orientfrage behandelt werden. Das wesentlichste Bestreben sei, mit Großbritannien im vollen Einverständnis zu bleiben. Frankreichs Feinde hätten zuviel Interesse daran, die beiden Länder zu trennen, als daß man sich nicht bemühen sollte, das Einvernehmen so eng wie möglich zu erhalten. Frankreich brauche hierzu keine besondere Mühe aufzuwenden.

— **(Die Gefahr eines Staatsstreiches für Bremen.)** In Bremen wird dem 9. Januar mit ernsten Befürchtungen entgegengesehen. An diesem Tage findet der Volksentscheid über die Auflösung der Bremer Nationalversammlung, in der die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen die Mehrheit haben, durch den Senat, der eine bürgerliche Mehrheit hat, statt. Es wird in Bremen als sehr wahrscheinlich angesehen, daß die Linksparteien dabei den Versuch eines Staatsstreiches machen werden.

— **(Eine Ehrenerklärung für die Marburger Studenten.)** Rektor und Deputation der Marburger Universität veröffentlichen gegenüber den Angriffen gegen die Marburger Studenten eine längere Ehrenerklärung für diese, in der es u. a. heißt: Wir sind stolz darauf, daß sich die Marburger Studenten in großer Zahl freiwillig dem Vaterlande zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung stellten, und wenn den Studenten von den zuständigen Stellen der jetzigen Regierung, durch die sie wiederholt und dringend zur Mithilfe gebeten wurden, der Dank bisher vorenthalten ist, so wollen wir, die akademischen Behörden, wenigstens den unsern aussprechen.

— **(Kommunist Hoffmann in Flensburg erschossen.)** Der Meldung der „Roten Fahne" über einen Kommunistenmord in Flensburg liegen, dem Wolffbüro zufolge, folgende Vorgänge zugrunde: Der Schutzpolizei waren Nachrichten über einen beabsichtigten Kommunistenputsch zugegangen. Es war der Polizei bekannt, daß die Pläne sich im Besitze des Kommunisten Hoffmann befanden. Bei der Haussuchung setzte Hoffmann sich zur Wehr und gab Schüsse auf die Polizisten ab. Er wurde festgenommen und sollte später in das Arrestlokal überführt werden. Trotzdem ihm vorher eröffnet war, daß bei einem Fluchtversuch von der Waffe Gebrauch gemacht werde, riß er sich los. Die mit der Begleitung betrauten Beamten — auch ein Offizier, der ihn vorher vernommen hatte und sich zufällig in der Nähe befand — gaben Schüsse auf Hoffmann ab, die diesen tödlich verletzten. Es trifft nicht zu, daß aus der Kaserne Schüsse auf den Verhafteten abgegeben worden seien.

Die Erschießung des Kommunisten Hoffmann in Flensburg ist von sozialdemokratischer Seite zum Gegenstand einer Anfrage an die preußische Regierung gemacht worden. Es wird um Auskunft ersucht, ob die Leitung der Sicherheitspolizei in Flensburg sich der Tätigkeit von Spitzeln bediente und weiter, ob die Regierung bereit sei, über den Vorgang der Verhaftung und Erschießung Hoffmanns Auskunft zu geben.

— **(Gegen die herzogl. braunschweigische Behauptung.)** Das staatliche Pressеamt in Braunschweig wendet sich gegen die Behauptung des Vertreters des vormaligen Herzogs von Braunschweig, wonach das Ministerium die Forderungen des herzoglichen Hauses in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergab und erklärte, der Vertreter des welfischen Hauses habe nach Bekanntgabe der welfischen Forderungen im Landtage einige unwesentliche Aenderungen des Verhandlungsprotokolls veranlaßt, durch die indessen die in der ersten Mitteilung bekanntgegebene Höhe der Forderungen in keiner Weise berührt wurde. Die erste Mitteilung, wonach der 5. Teil aller zum Kammergut gehörenden Domänen, das Schloß Blankenburg, das Landesmuseum, das Landesgestüt und die Mobilien sämtlicher Hofstaatsgebäude gefordert werden, entspricht durchaus den Tatsachen.

— **(Der Braunschweiger Expräsident als Urkundenhändler.)** Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, wurde im braunschweigischen Landesministerium bekannt, daß die Abdankungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig vom 7. November 1918 im herzoglichen Hause in Gmunden zum Kauf angeboten wurde. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß das Angebot von dem früheren Präsidenten des Freistaates Braunschweig, dem Schneider August Merges, dem jetzigen Besitzer der Urkunde, ausging.

— **(General Wrangel in Berlin?)** Wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, soll am Montag abend General Wrangel, von Kopenhagen kommend, in Berlin eingetroffen und in einem Hotel unter dem Namen eines Generals Nikolaus Wrangel in Kopenhagen abgestiegen sein. Einen dänischen General dieses Namens gibt es jedoch nicht.

— **(Deutschland, der Kuli Europas.)** In einem Leitartikel befaßt sich „Nyhs Dagligt Allehanda", das Organ der schwedischen Industriellen, mit der großen Wirtschaftskrise, die sich auch in Schweden immer stärker geltend macht. Das Kernstück des Artikels enthält folgende Ausführungen: Die Lage ist tatsächlich paradox. Das verarmte und gedemütigte Deutschland, das seine Bevölkerung nicht ordnungsgemäß ernähren kann, ist trotzdem imstande, den Weltmarkt mit billigen Waren zu überschwemmen. Die deutsche Mark müßte eigentlich steigen und damit automatisch die deutsche Mark dieses Dumping erschweren, aber das ist nicht der Fall, weil die Guthaben, die sich Deutschland im Auslande schafft, seinen früheren Feinden als Kriegskontributionen nach dem Friedensvertrage zufallen. Die Inflation geht weiter und der Markkurs wird arg gedrückt. Für das deutsche Volk bedeutet das den dauernden Zwang, seine Produktion unter dem gleichen elenden Lebensstand fortzusetzen. Nicht mehr die Italiener, die Deutschen sind heute infolge des Versailler Vertrages die Chinesen Europas. Ihre Kuliarbeit bedroht alle anderen weißen Industriearbeiter mit Arbeitslosigkeit und Not.

— **(Die Abfindung des sächsischen Königshauses.)** Wie aus guter Quelle verlautet, hat sich der Vertreter des früheren sächsischen Königshauses, Justizrat Dr. Eibes, nach Sibyllenort begeben, um dort mit dem König in der Frage der Abfindung des Königshauses zu verhandeln. Die Beratungen in Dresden nähern sich ihrem Abschluß. Die Regierung hat ihre Vorschläge dem Königshause unterbreitet, das aber, wie verlautet, wesentlich höhere Forderungen stellt. Die Regierung bietet außer einer Barabfindung das Schloß Moritzburg und einen Teil des Silberschmuckes und der Edelsteine aus den königlichen Sammlungen an. Die Beratungen werden demnächst abgeschlossen.

Kleine Nachrichten.

Wie in Brüssel verlautet, wird die Finanzkonferenz, die am 11. 1. wieder zusammentreten sollte, ihre Verhandlungen erst einige Tage später beginnen, um ihren Delegierten für die Ergänzung des Materials genügend Zeit zu lassen.

Bei der Königin-Mutter von Holland hat sich seit einiger Zeit ein Leiden herausgebildet, das einen operativen Eingriff nötig macht. Sie wird sich demnächst in die Behandlung des Professors Lamerts in Utrecht begeben.

Nach einer Blättermeldung aus Halle an der Saale wurde auf einer Versammlung der Betriebsräte im mitteldeutschen Bergbau eine Erhöhung der Schichtlöhne um 10 Mark die Schicht und eine Neuregelung zwischen Akkord- und Schichtarbeit gefordert. Ferner wurde beschlossen, daß künftig keinesfalls mehr als 48 Stunden die Woche gearbeitet werden soll.

Zur bevorstehenden Finanzkonferenz in Bamberg meldet die „München-Augsburger Abendztg.", daß im Vordergrunde die Beratung des Länderbesteuerungsgesetzes stehen werde. Außerdem werde die Finanzkonferenz Interesse an der Organisation der Finanzverwaltung in Bayern zeigen, und endlich werde auch die Beamtenbesoldung zur Debatte stehen.

Wie die „Voss. Ztg." von maßgebender Seite erfährt, hat das preußische Staatsministerium gestern beschlossen, der Landesversammlung einen Kredit von 400 Millionen Mark als Teuerungszuschlag zum Wohnungsbau vorzuschlagen. Dieser Betrag soll in den neuen Etat eingesetzt werden.

Die Urabstimmung unter den Angestellten und Arbeitern der Eisenbahnbetriebswerkstätten des Saarreviers über die Frage der Gehalts- und Lohnzahlungen in Mark oder Franken ergab, soweit sich schon jetzt übersehen läßt, eine überwiegende Mehrheit für die Beibehaltung der Mark als Zahlungsmittel.

Wie die „N. Z. Z." von zuverlässiger Seite erfährt, beabsichtigt die bayrische Regierung, sich keineswegs mit der neuerlichen Ententeforderung nach Entwaffnung zufrieden zu geben und sich dieser Forderung zu fügen.

Im „Echo de Paris" wird mitgeteilt, daß die französische Regierung eine Note an die englische Regierung gesandt hat, in der eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Besprechung der deutschen und der orientalischen Fragen in Vorschlag gebracht wird.

Laut Beschluß des Botschafterrats ist Deutsch-Westungarn endgültig Dt.-Oesterreich zugesprochen worden. Daraufhin hat es Ungarn abgelehnt, das im Dezember abgeschlossene Handels- und Verkehrsübereinkommen mit Dt.-Oesterreich zu ratifizieren.

Der Völkerbundsrat hat die Bitten der Bevölkerung des rein deutschen, der Tschecho-Slowakei zugewiesenen Hultschiner Ländchens um eine Volksabstimmung schroff abgelehnt.

Im ungarischen Ministerium des Aeußern wurden die Ratifikationsurkunden des am 1. Juni 1920 mit dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens ausgetauscht.

Nach der Spaltung der sozialistischen Partei Frankreichs haben sich die Rechtssozialisten mit den „Longuetisten", den Anhängern der mittleren Linie, zu einem gemeinsamen Parteitag vereinigt.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus London setzen die großen Warenhäuser ihre Verkäufe zu bedeutend herabgesetzten Preisen fort. Das Publikum, das seit einigen Tagen mit Erfolg gestreikt hatte, stellte sich wieder in Massen ein.

„Daily Expreß" meldet, daß 4000 militärische Auszeichnungen aus dem englischen Kriegsministerium verschwunden sind.

Der Prinzregent hat das Dekret unterzeichnet, welches das neue serbische Kabinett ernennt. Paschitsch ist Ministerpräsident und Minister des Innern.

Der Neuyorker Korrespondent der „Daily Mail" meldet, daß die kanadische Regierung gemäß einem mit der Regierung der Vereinigten Staaten getroffenen unformellen Uebereinkommen beschlossen hat, das Geschwader, welches Kanada von der britischen Admiralität zugewiesen worden ist, ohne Verzug nach dem Stillen Ozean zu dirigieren.

Der Meldung einer Zeitungskorrespondenz zufolge hat die Finanzverwaltung die von ihr bisher bearbeiteten Steuerakten Erzbergers an die Staatsanwaltschaft gegeben, die nunmehr die weitere Untersuchung führen wird.

Der bayrische Ministerpräsident begibt sich wegen der Frage der bayrischen Einwohnerwehr erneut nach Berlin.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 5. Jan. (Verschiedenes.) Nachdem bereits die Verwendung nichtelastischer Bereifung für Lastkraftwagen seit dem 1. November unzulässig ist, wird nunmehr auch die Erlaubnis hinsichtlich der Anhängewagen zum 1. April 1921 allgemein zurückgezogen. Von diesem Tage ab sind für die Bereifung der Anhängewagen nur wieder die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 maßgebend. Anträgen auf Neuzulassung von Anhängewagen mit nichtelastischer Bereifung wird vom 1. Januar 1921 ab nicht mehr stattgegeben.

(Der Wert der Mark im Dezember.) Es waren zu zahlen:

für:	am 31. Dez.	am 15. Dezbr.	am 1. Dezbr.
Holland 100 Fl.	2290 Mk.	2288 Mk.	2122 Mk.
Schweden 100 Kr.	1456 „	1450 „	1340 „
Schweiz 100 Fr.	1112 „	1144 „	1085 „
Frankreich 100 Fr.	433 „	435 „	421 „
England 1 Pfd. St.	258 „	258 „	242 „
Amerika 1 Dollar	73,30 „	74 „	69,30 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

(Keine Aufhebung der Butterzwangswirtschaft.) In weiten Kreisen der Oeffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, daß eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Butter im kommenden Frühjahr geplant sei. Diese Annahme ist durchaus irrig. Sie widerspricht einmal den ausdrücklichen Erklärungen des Reichsernährungsministers Dr. Hermes, wonach in der Lockerung der Zwangswirtschaft jetzt eine Pause eingetreten sei und u. a. die Milch und Butterverker unter der Zwangswirtschaft verbleiben müssen. Ferner liegt in dieser Auffassung eine Verkennung der Tatsache, daß Milch und Milchfett organisch zusammengehören. Mit der einseitigen Freigabe der Butter und der damit gegebenen freien Preisbildung würde die Milch vorzugsweise der Verbutterung zugeführt werden, da diese dann eine viel gewinnbringendere Verwertung der Milch ermöglichen würde. Die bisherige Frischmilchversorgung der Kinder und Kranken, für die die Milch ein unentbehrliches Nahrungsmittel ist, wäre damit gefährdet. Daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Freigabe von Milch und Butter nicht in Frage kommt, bedarf für jeden Einsichtigen keiner weiteren Ausführung. — Diese amtliche Auffassung wird wohl schwerlich von allen Fachleuten geteilt werden.

(Verein zur Beförderung der Zucht und Dressur der Pferde zum Dienste der Kavallerie im Regierungsbezirk Arnsberg.) Am 30. Dezember fand in Hamm eine Vorstandssitzung des Vereins statt. Es wurde beschlossen, den Verein, der im Jahre 1839 gegründet ist und sehr viel für die Hebung der Pferdezucht getan hat, weiter bestehen zu lassen und in diesem Jahre wieder Prämiierungen von Pferden und Reitkonkurrenzen zu veranstalten. Am 25. Januar soll im Hotel Buschkühle in Hamm eine Generalversammlung stattfinden, in der über folgende Punkte Beschluß gefaßt werden soll: 1. Veranstaltungen im Jahre 1921. 2. Rechnungslage und Bericht. 3. Aenderung der Satzungen.

(Jagdschutzverein für den Kreis Hamm.) In der am 30. Dezember in Hamm stattgefundenen Vorstandssitzung des Jagdschutzvereins für den Kreis Hamm wurde es als unbedingt erforderlich erachtet, daß der Verein seine Tätigkeit wieder voll aufnehmen müsse, weil der Wildstand in den Revieren des Kreises Hamm fast vernichtet ist. Die Prämien, die für die Ergreifung von Jagdfrevlern ausgesetzt waren und bisher bis 50 Mark für jeden Fall betrugen, sollen wesentlich erhöht werden. Die Generalversammlung des Vereins ist auf den 25. Januar anberaumt worden mit folgender Tagesordnung: 1. Rechnungslage und Bericht, 2. Vortrag über weidgerechte Jagd und Hege des Wildes, 3. Aenderung der Satzungen, 4. Vereinsangelegenheiten.

(TU) **Hamm, 4. Jan. (Streik der Kokereiarbeiter auf „Radbod".)** Auf der Zeche „Radbod" sind die Kokereiarbeiter in den Ausstand getreten. Alle der Technischen Nothilfe angehörenden Schüler der Maschinenbauschule Dortmund und Kräfte aus andern Städten des Ruhrgebiets wurden nach der Zeche beordert, um den Kokereibetrieb aufrecht zu erhalten.

Sölde, 4. Jan. (Pferdezüchter.) Am Sonnabend, den 8. Januar, wird in Sölde beim Wirt Sütering nachmittags 3 Uhr ein der Hengsthaltungs-Genossenschaft Hörde — Dortmund-Ost — gehörender Hengst vorgeführt. Derselbe stammt von dem berühmten Recklinghäuser Hengst Marquis de Kleyn und wurde von der Genossenschaft zum Preise von fast 200 000 Mark erworben.

(s) **Holzen, 4. Jan. (10 000 Mark gestohlen.)** Am Abend des Neujahrstages haben Spitzbuben dem Wirt Hofang in Mittelholzen einen Besuch abgestattet. Während in dem Gastzimmer noch Wirtschaftsbetrieb herrschte, sind sie mittels einer Leiter in die im oberen Stockwerk belegenen Privaträume eingedrungen, haben dort Kisten und Kasten erbrochen und durchwühlt und einen Geldbetrag von zirka 10 000 Mark gestohlen. Bis jetzt sind alle Nachforschungen nach den ungebetenen Gästen leider ohne Erfolg gewesen.

(h) **Recklinghausen, 3. Jan. (Von Räubern überfallen.)** Am ersten Weihnachtstage, vormittags gegen 10.30 Uhr, drangen zwei Räuber in die Behausung des Landwirts Heinrich Beisinghoff in Recklinghausen ein. In Abwesenheit des Beisinghoff, der in der Kirche war, wurden laut „R. Ztg." unter Bedrohung mit einem Armeerevolver und einem größeren Dolche von den Angehörigen zunächst 10 000 Mark verlangt. Da diese Summe nicht gegeben werden konnte, so wurden sämtliche Schubladen und Schränke durchwühlt und 114 Mark und eine goldene Herrenuhr mit Kette geraubt, ferner eine goldene Damenuhr. In der Herrenuhr ist der Name Heinrich Beisinghoff eingraviert.

? **Flierich, 4. Jan. Ein Raubüberfall** wurde in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch auf den hier einsam wohnenden Müller Joh. Mors in der Horstmühle verübt. Nachts gegen 12 Uhr drangen mehrere maskierte Kerle in die Wohnung des Müllers und verlangten unter Drohung bares Geld. In seiner Bedrängnis gab der Müller sein sauer verdientes Geld, etwa 200 Mark, her, womit die Räuber unter Drohungen wieder abzogen, nachdem sie noch vorher mehrere Male aus einem Revolver geschossen, 1½ Stunden lang das ganze Haus nach Geld durchsucht und hierbei einige Koffer und Kisten zertrümmert hatten. Von den Tätern fehlt leider noch jede Spur.

! **Elberfeld, 4. Jan. (Lamps Leiche beschlagnahmt.)** Die Leiche des kommunistischen Rechtsanwalts Lamp, die Freitag nachmittag unter dem Geleite der Arbeiterschaft nach dem Bahnhof gebracht werden sollte, wurde im Laufe des Vormittags von der Polizei beschlagnahmt und zum Zwecke der Obduktion nach dem städtischen Krankenhause gebracht. Die Maßnahme hängt mit dem neuerlich aufgetauchten Gerücht zusammen, daß Lamp das Opfer einer Vergiftung geworden sei.

Von Räubern ermordet.

(o) **Krefeld, 4. Jan.** Ein räuberischer Ueberfall, bei dem die etwa achtzig Jahre alte angesehene Witwe Kirches den Tod gefunden hat, und ihr Sohn, der Agent Hubert Kirches, durch zwei Revolverschüsse schwer verletzt worden ist, hat sich am Silvesterabend in Krefeld-Linn abgespielt. Zwei unbekannte Männer traten in das Haus ein und erklärten, für die Kinderhilfsspende sammeln zu wollen. Dabei trat einer der Eindringlinge in das Zimmer ein, während sein Genosse sich im Dunkel des Flures zurückhielt. Der im Zimmer Stehende zog plötzlich einen Revolver, den er drohend auf den jungen Kirches richtete mit der Aufforderung, das im Hause befindliche Geld herauszugeben. Als man ihm entgegnete, daß kein bares Geld, wohl aber Sparkassenbücher im Hause seien, verlangte der Mann Einsichtnahme in die Bücher. Diesen Augenblick benutzte der Sohn Kirches, um ans Fenster zu eilen und Hilfe herbeizurufen. Jetzt feuerte der Verbrecher mehrere Revolverschüsse ab, die Kirches an der Hand und am Oberschenkel schwer verletzten. Gleichzeitig schoß auch der im Flur stehende Kerl auf Kirches. Die Kugel traf aber die alte Frau Kirches in den Hals, sodaß sie auf der Stelle starb. Die Verbrecher sind leider entkommen. Am Tatorte ließen sie einen Revolver, eine Leine von 6 Millimeter Dicke mit einer Schlaufe an einem Ende und einen sogenannten Wischstrick zurück.

*

! **Trier, 4. Jan. (Zwei Räuber an den Verkehrten gekommen.)** In Philippsheim drangen nachts zwei Räuber in das Haus des Steinbruchbesitzers Schmidt ein. Dieser riß rasch entschlossen das Jagdgewehr von der Wand und machte einen der Räuber durch einen Schrotschuß, den anderen durch Kolbenschläge unschädlich. Es stellte sich heraus, daß der eine der Verbrecher ein Eisenbahnrangierer, der andere ein Bahnpolizeibeamter ist.

! **Trier, 4. Jan. (Von Viehdieben erstochen.)** In Zemmer wurden zwei Einbrecher dabei überrascht, als sie aus einem Gehöft Vieh wegtreiben wollten. Die Kerle stachen den Besitzer nieder und entflohen dann in der Richtung nach Trier.

Die Abstimmung in Obeschlesien ganz nach polnischen Wünschen.

Wie die „Breslauer Zeitung" mitteilt, hat die Interalliierte Kommission Oppeln bereits das Reglement für die Volksabstimmung in Oberschlesien abgefaßt; sie dürfte es in den nächsten Tagen amtlich veröffentlichen. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die genannte Zeitung, über die wichtigsten Punkte des Abstimmungsreglements, soweit es ihr vorliegt, folgendes: Als Stichtag für die nicht in Oberschlesien geborenen, aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Nach dem Friedensvertrag soll dieser Stichtag nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen. Die Interalliierte Kommission glaubt also zum Nachteil der deutschen Wahlchancen 15 Jahre hinter diesen Zeitpunkt zurückgehen zu sollen.

4 Arten Abstimmungsberechtigter.

Die Abstimmungsberechtigten werden in vier Kategorien eingeteilt, nämlich:

1. in Personen, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen;
2. in Personen, die in Oberschlesien geboren, aber dort nicht ansässig sind;
3. in Personen, die außerhalb Oberschlesiens geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen;
4. in außerhalb Oberschlesiens wohnende Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben.

Die Kommission des Generals Le Rond hat mit dieser Differenzierung den polnischen Wünschen in einer Weise nachgegeben, die einem Diktat gleichkommt, insbesondere kann die Einrichtung einer besonderen Kategorie für die „Ausgewiesenen" nur als eine lächerliche Geste betrachtet werden, die auf das ununterrichtete Ausland berechnet ist. In der Tat hat es niemals Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger aus Oberschlesien gegeben. Das Recht der Deportation hat man immer nur in Rußland und Frankreich gekannt.

Jeder Stimmberechtigte soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober 1920 ansässig war, oder wenn er nicht im Abstimmungsbezirk ansässig ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Die „Ausgewiesenen" stimmen in der Gemeinde ab, in der sie ansässig waren, als sie aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen wurden.

Diese Festsetzung des Datums mit dem 1. Oktober 1920 ist vom willkürlich. Der Friedensvertrag sagt, daß alle ansässigen Oberschlesier in der Gemeinde abstimmen sollen, in der sie ihren Wohnsitz haben.

Ueber die Zeit- und Fristfestsetzung

sagt das Reglement, daß am 10. Januar 1921 die interalliierten Kreisbüros konstituiert und vom 10. bis 14. Januar die paritätischen Gemeindeausschüsse gebildet werden und mit dem 14. Januar die dreiwöchige Frist für die Stimmlisten zu laufen beginnt. Am 3. Februar 6 Uhr abends ist Schluß der Eintragungsfrist, am 6. Februar Beginn der Auslegung der vorläufigen Stimmlisten und Beginn der zwölftägigen Frist für die Einreichung von Einsprüchen. Am 5. März 6 Uhr abends Ablauf der Frist für die Entscheidung der Interalliierten Büros über die Einsprüche. Am 8. März Entscheidung der Interalliierten Kommission. Wahltage, sagt das Reglement, werden durch die Interalliierte Kommission später bekannt gemacht.

Das soll — wie eine Bekanntmachung im Oppelner Amtsblatt der Interalliierten Kommission bereits vor langer Zeit besagt — rechtzeitig geschehen. Hiernach kann die Abstimmung also nicht vor Mitte März erfolgen.

Oberschlesien eine ungeheure Kriegsmaschine.

Der Petit Parisien veröffentlicht heute vormittag einen Aufsatz, von dem man annehmen darf, daß er nicht ohne Fühlungnahme mit amtlichen Stellen geschrieben wurde. Ausgehend von der Entwaffnungsfrage bemerkt das halbamtliche Blatt, man dürfe die öffentliche Meinung nicht darüber im unklaren lassen, daß, wenn man das deutsche Kriegsmaterial zerstört habe, man immer noch nicht alles Erforderliche getan habe. Gewiß handle es sich hier um eine erste unerläßliche Vorsichtsmaßnahme; aber das Werk bleibe unvollkommen und gefährlich, wenn die deutsche Kriegsindustrie nicht beseitigt würde. Wenn man die Rückkehr zum bewaffneten Frieden vorbereiten wolle, dann müsse man die Frage so stellen, was Deutschland noch übrig bleibe, um neue Waffen zu schmieden. Der Friedensvertrag von Versailles gebe der französischen Regierung die Handhabe, die rheinische Industrie zu überwachen, auch die großen Fabrikzentren in Düsseldorf, Dortmund, Essen und Bochum, die in der Reichweite der Besetzungszone gelegen seien. Deutschland habe schon 1917 die Bedeutung der Kriegsindustrie erkannt und sich gefragt, ob es nicht notwendig sei, sie in Gegenden zu verpflanzen, die den Kampfmitteln, vor allem aber den Luftangriffen entrückt seien. Der „Petit Parisien" sagt, Oberschlesien sei das Gebiet, das Deutschland in eine ungeheure Kriegsmaschine umgewandelt habe. Oberschlesien besitze Kohlen, Koks, Eisenerze und Zink. Dort könne alles hergestellt werden, was zu einem Kriege notwendig sei. Es müsse deshalb in dem Augenblick, in dem die Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien auf der Tagesordnung stehe, in Erwägung gezogen werden, welche Gefahren sich ergäben, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleiben würde. Die mögliche Entwaffnung Deutschlands bestehe darin, daß man Revanchewünschen den Boden entziehe.

Walther Rathenau gegen die Brüsseler Schlußfolgerungen.

In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt" nimmt Dr. Walther Rathenau Stellung zu den Auslandsnachrichten über die bisherigen Ergebnisse der Brüsseler Besprechungen. Besonders wendet er sich gegen die in den betr. Meldungen gezogenen Schlußfolgerungen, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands vielversprechend sei und daß man daher eine bedeutende Zahlungsfähigkeit von ihm erwarten könne. Er erklärt, daß einzig und ausschließlich für die Leistungsfähigkeit einer Gesamtwirtschaft ihre Produktionsfinanz maßgeben sei. In diesem Falle könne nachgewiesen werden, daß die Gesamtproduktion nach dem eingetretenen Verlust an Ueberschußgebieten, Erzen, Kohlen, Schiffen und Auslandsguthaben und Auslandsinvestitionen nicht mehr ausreicht, um einerseits das Land zu ernähren, andererseits die notwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die die Voraussetzung jeder Produktion bilden, in dem nötigen Umfange zu gestatten. Es könne ferner nachgewiesen werden, daß wir seit Friedensschluß mehr verbraucht, als produziert haben, indem wir von unseren vorhandenen Besitztümern und unseren Krediten lebten. Von dem mit 32 Milliarden Arbeitsstunden erzeugten Gütterquantum, könne nur soviel für Entschädigungen zur Lieferung stehen, als nicht durch dringende Lebensbedürfnisse des Landes verbraucht oder für Bezahlung unentbehrlicher Einfuhr beansprucht wird.

Unsere Entwaffnung durchgeführt.

Die Herabminderung der gesamten deutschen Landstreitkräfte ist nunmehr durchgeführt. Statt 800 000 Mann vor dem Kriege haben wir nur noch 96 000 Mann. Ueber 40 000 Offiziere wurden entlassen, nur 4000 sind noch im Heer verblieben. Wir haben keine schwere Artillerie, keine Flieger- und Luftschifferformationen mehr. Die allgemeine Dienstpflicht ist abgeschafft. Die Dienststellen für die militärische Listenführung — die Bezirkskommandos — sind verschwunden. Alle Offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes sind aus ihren militärischen Dienstverhältnissen entlassen. Unsere deutschen Festungen an der Westgrenze sind zerstört, alle modernen Anlagen, Forts, Unterstände, Panzertürme sind gesprengt, Kabelleitungen, militärische Eisenbahn- und Förderbahnlinien sind im Abbau begriffen. Nur die Festungen an der Ostgrenze und Südgrenze des Reiches sind in verteidigungsfähigem Zustand geblieben. Alle modernen Betonbauten und Westfestungen sind zerstört. Unsere Bestände an Waffen entsprechen am 31. Dezember dem Stande des neuen Reichsheeres, wie es der Friedensvertrag bezw. das

---

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

16. Fortsetzung.

Ralf zögerte eine Weile. Dann fragte er rasch:

„Ist in Schönau jemand erkrankt, Herr Doktor, oder waren Sie nur dort wegen des Unglücksfalles?"

„Ah, Sie haben schon von dem Tode des Herrn von Schönau gehört? Natürlich, so etwas spricht sich schnell herum. Schlimme Geschichte das. Wegen des Unglücksfalles, wie Sie es nennen, wurde ich schon in der Nacht nach Schönau geholt. Es gab aber nichts mehr zu retten. Hat verteufelt gut getroffen. Na ja, alter Soldat, kein Wunder. Aber gerade als alter Soldat hätte er sich nicht so feige aus dem Leben stehlen sollen. Hat seine Familie in arger Bedrängnis zurückgelassen. Der Jammer kann einen fassen, hauptsächlich um die Kinder. Frau Ellen, die schafft sich Luft durch Heulen und Jammern. Und außerdem hat sie wohl ein gut Teil Schuld an dem Zusammenbruch. Aber die armen Kinder. Wissen Sie, Herr Jansen, die Komtesse, das ist ein Prachtkerlchen. Ein bißchen verwöhnt war sie auch. Aber jetzt, die Zähne zusammen, den Kopf in den Nacken und fest geradeaus. Rassegeschöpf erster Klasse, sage ich Ihnen. Die läßt sich nicht so leicht unterkriegen. Es ist ja freilich nur ihr Stiefvater."

Ralf hörte mit atemlosem Interesse zu.

„Die Schwester der Komtesse ist wohl jetzt nicht daheim?" fragte er, um mehr zu hören.

„Die kleine Lotte?" Ja, die ist in der Pension. Aber sie ist schon heimgerufen worden. Das arme Ding wird auch eine harte Nuß zu knacken kriegen, denn unter uns, ich glaube nicht, daß von Schönau etwas für die Damen übrig bleibt. So viel ich von dem einen Gläubiger hörte, hat Herr von Schönau auch das Vermögen seiner Frau und seiner Stieftochter mit verpulvert. Trotzdem hat die Komtesse kein Wort der Klage. Ihre Mutter schreit nur immer: Was wird aus mir? Die Komtesse hat, glaube ich, noch nicht nach sich selbst gefragt. Grade kam ich dazu, wie die Gläubiger über sie herfielen und sie ängstigten. Ich habe sie vorläufig auf den Marsch gebracht und der Komtesse einige Stunden Ruhe verordnet. Sie ist diese Nacht nicht aus den Kleidern gekommen. Armes Ding! Und die Lotte auch. Sie stehen ja hilflos den Ereignissen gegenüber."

„Steht ihnen denn niemand bei?", fragte Ralf heiser.

„Keine Seele. Ganz allein stand die Komtesse dem Tohubahohu gegenüber. Denken Sie, einer von den guten Freunden, getreuen Nachbarn u. dergleichen hätten sich schon sehen lassen, oder gar zur Hilfe gemeldet, trotzdem die Kunde von der Katastrophe nach allen Himmelsrichtungen geflogen ist? Nicht einer. Da läßt jeder dem andern den Vortritt. Gütlich getan haben sich alle in Schönau. Aber nun finden sie den Weg nicht."

Ralf atmete tief auf.

„Schließlich bin ich ja der nächste Nachbar, Herr Doktor. Aber Sie wissen doch, daß ich mit keinem meiner aristokratischen Nachbarn in Verkehr getreten bin. Ich mag mich nicht in Kreise drängen, in die ich nicht gehöre."

„Bravo! Stolz lieb ich den Spanier: Aber im übrigen, jeder Kreis, dem Sie angehören wollen, kann sich geehrt fühlen."

„Das ist Ihre Ansicht, Herr Doktor. Aber Sie vergessen, daß ich der Sohn eines Handwerkers bin, ein Mensch, der aus obskuren Verhältnissen hervorgegangen ist, wie man in solchen Fällen zu sagen pflegt."

„Daher Ihre prachtvolle Konstitution, zu der ich Ihnen gratuliere. Die lassen Sie sich lieber sein, als blaues degeneriertes Blut, sie ist wertvoller. Jetzt sind Sie jedenfalls ein reicher Mann und der Besitzer eines der schönsten Güter im ganzen Umkreis. Und ich sage nochmal, jeder Kreis kann sich geehrt fühlen, dem Sie angehören wollen, und wenn er aus lauter Grafen und Baronen besteht. Punktum! Und im Uebrigen — man hat freilich im Anfang dem „Australier" ein bißchen mißtrauisch gegenüber gestanden. Aber jetzt weiß man, daß er ein tüchtiger Mensch ist und daß seine Millionen tatsächlich existieren. Und gerade, weil Sie sich stolz zurückgehalten haben, hat man Appetit auf Ihre Bekanntschaft bekommen. Ich wette, Sie klopfen nirgends an verschlossene Türen, wenn Sie Verkehr suchen."

„Den Versuch will ich lieber nicht machen. Bisher hat es mir noch nicht leid getan, daß ich so ziemlich allein stehe zwischen lauter Volksblutaristokraten. Aber jetzt — ja, jetzt tut es mir leid, weil ich nun nicht einfach als getreuer Nachbar nach Schönau gehen und den Damen in ihrer großen Bedrängnis meine Hilfe anbieten kann, wie ich es sehr gern tun möchte."

Der Arzt schlug Ralf erregt auf die Schulter.

„Alle Wetter, Sie wären die geeignete Persönlichkeit, um Ordnung in das haltlose Durcheinander zu bringen. Wollten Sie das wirklich tun?"

„Selbstverständlich! Wenn ich auch nicht Aristokrat bin und im sogenannten guten Ton der ersten Gesellschaftsklasse vielleicht nicht ganz sicher bin, ein Mann bin ich doch. Und ein Mann, der hilflose Frauen in Not sieht, soll sich nicht lange bedenken, wenn er helfen kann. Keinen Augenblick würde ich mich besinnen, wenn ich wüßte, ob man meine Hilfe annehmen würde. Ich fürchte aber, die Komtesse und ihre Mutter würden mich glatt abweisen lassen, wollte ich es wagen, mich bei ihnen anmelden zu lassen."

Der Arzt schüttelte heftig den Kopf.

„Unsinn! Sie werden heilfroh sein, wenn sich ein Mensch ihrer annehmen will. Sie können natürlich nicht wissen, daß Sie das tun wollen. Ließen Sie sich ohne jede Erklärung melden, dann würde man sie jetzt freilich nicht annehmen, würde vielleicht denken, daß müßige Neugier Sie nach Schönau führte. Aber, wenn Sie wirklich helfen wollen — Sie verdienen sich Gotteslohn — dann kann ich Ihnen ja Einlaß verschaffen."

Ralf sah den Arzt in erwartungsvoller Unruhe an.

„Auf welche Weise, Herr Doktor?"

„Auf die einfachste Weise. Morgen früh fahre ich wieder nach Schönau um nach den Damen zu sehen. Dann werde ich Sie kurzerhand einführen und mit der Komtesse und ihrer Mutter bekannt machen."

Ralf Jansens graue Augen, die tief unter der kantig vorspringenden Stirn lagen, richteten sich fest in die des Arztes. Seine Stirn rötete sich unter dem jäh zurückgeschobenen Hut.

„Ich nehme Sie beim Wort, Herr Doktor. Wann und wo wollen wir zusammentreffen?"

„Sagen wir um zwölf Uhr, an der Stelle, wo wir heute zusammentrafen. Paßt es Ihnen um diese Zeit?"

„Gewiß. Ich werde pünktlich zur Stelle sein."

Dr. Härtling legte mit warmem Druck seine Hand auf die Ralfs.

„Ich habe es immer gewußt, daß Sie ein Prachtmensch sind, auch ein Exemplar erster Klasse, Vollblut-Aristokrat des Herzens. Hut ab!"

Es zuckte um Ralfs schmalknappigen, ausdrucksvollen Mund.

„Beschämen Sie mich doch nicht, wenn ich einer einfachen Menschenpflicht genügen will."

„Na, ich wette, um diese einfache Menschenpflicht würden sich die meisten Leute drücken. Das hat die Komtesse sehr wohl gewußt, als sie mir sagte, daß Freunde in der Not ein seltener Artikel sind."

„Wird sie aber die Hilfe eines Menschen, der nicht in ihre Sphäre gehört, annehmen?"

„Um Hilfe bitten würde sie nicht. Sie sagte mir, dazu sei sie zu stolz. Aber so freundlich gebotene Hilfe anzunehmen, wird sie nicht zu stolz sein. Es ist mir wahrlich selbst ein Stein vom Herzen, wenn lieber Herr Jansen, nun ich weiß, daß Sie sich der Damen annehmen wollen. Es hat mir leid getan, daß ich nicht helfen konnte, hauptsächlich der Komtesse und der kleinen Lotte wegen. Unter uns, wie Frau Schönau zu solchen Prachtkindern gekommen ist, bleibt mir ein Rätsel. Sie ist eine egoistische, eitle Närrin und ist selbst schuld an ihrem Unglück. Aber schwer genug wird sie es ja büßen müssen."

(Fortsetzung folgt.)

protokoll festsetzt. 50 000 Geschütze, 5 Millionen Handfeuerwaffen, 60 000 Maschinengewehre sind zerstört. Alle Industriebetriebe, die Kriegsgerät herstellten, sind auf Friedensarbeit umgestellt, darunter die Riesenbetriebe des Staates und die Weltfirmen Krupp und Ehrhardt. Unsere Lenkluftschiffe, 14 000 Flugzeuge, 26 000 Flugmotoren sind abgeliefert oder zerstört. Hunderte von Flugzeughallen sind abgebrochen oder im Abbruch begriffen.

Zur Wiederaufnahme der Sozialisierungsberatungen in Essen.

Der Brief des Reichswirtschaftsministers an den Reichswirtschaftsrat über die Beschleunigung der Arbeiten der Verständigungskommission hat, wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, in den Kreisen dieser Verständigungskommission ein gewisses Erstaunen hervorgerufen. Es konnte dem Reichswirtschaftsminister nicht unbekannt geblieben sein, daß die Ansetzung der weiteren Beratungen der Verständigungskommission gar nicht vor dem 17. Januar erfolgen konnte. Die Hinausschiebung bis zu diesem Zeitpunkt ist vielmehr auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeitnehmervertreter erfolgt, weil diese erklärt hatten, daß sie vor dem 14. Januar nicht zu den Beratungen erscheinen könnten. Infolgedessen hatte sich der Verständigungsausschuß einstimmig auf den 17. Januar geeinigt. Der „Vorwärts" hatte die Bemerkung daran geknüpft, daß der Verständigungsausschuß überhaupt überflüssig sei, da die Arbeitnehmervertreter ausgeschieden seien. Das ist natürlich unrichtig. Weder Imbusch noch Löffler sind aus der Verständigungskommission ausgeschieden, und der Steiger Werner ist durch Hue ersetzt worden.

Der Entwurf, von dem die Rede war, und an dem augenblicklich im Reichswirtschaftsministerium gearbeitet wird, lehnt sich an die von dem Verständigungsausschuß bisher aufgestellten Richtlinien an. Die Arbeiten an diesem Entwurf werden soweit gefördert werden, daß er in seinen Grundzügen dem am 17. Januar zusammentretenden Verständigungsausschuß vorgelegt werden kann. Die Mitglieder der Verständigungskommission reisen bereits am 15. d. M. nach Essen und werden vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen am 17. wahrscheinlich noch besondere interne Besprechungen abhalten. Die Arbeiten des Verständigungsausschusses dürften so gefördert werden, daß etwa am 25. bis 28. Januar der Sozialisierungsausschuß des Reichswirtschaftsrates, der seinerzeit den Verständigungsausschuß eingesetzt hat, wieder zusammentreten kann, um zu dem Bericht des Verständigungsausschusses Stellung zu nehmen. Man hofft zuversichtlich, dabei zu einer Einigung zu kommen, so daß anfangs Februar der Entwurf soweit gefördert sein dürfte, daß er dem Kabinett und dem Reichsrat zugehen kann. Es ist zu hoffen, daß die Arbeiten an diesem Gesetzentwurf im Einvernehmen mit dem Verständigungsausschuß erfolgen. Diese Erwartung wird ohne Zweifel von allen beteiligten Stellen, von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern, geteilt werden, denn durch die Fertigstellung eines Gesetzentwurfs unter Verzicht auf eine ständige Fühlungnahme mit dem Verständigungsausschuß dürften die monatelangen Arbeiten der beteiligten Stellen, die auf die Erzielung eines Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinzielen, empfindlich gestört werden.

Eine Erklärung des Ministers Heine.

Der frühere Minister des Innern, Abgeordneter Wolfgang Heine, gibt anläßlich der Zeugenvernehmung in dem Essener Beleidigungsprozeß folgende Erklärung ab: Die Verleumder gegen Severing und Haenisch suchen ihre Niederlage durch eine Rückzugskanonade zu verdecken, indem sie jetzt behaupten, daß nur durch ein Mißverständnis diese beiden Herren beschuldigt worden wären, der eigentliche Missetäter aber ich wäre. Ich also soll zwei Waggons Kakao „verschoben" und 32 000 Mark Schmiergelder erhalten haben. Die Behauptung ist so dumm, daß kein halbwegs vernünftiger Mensch ihr Glauben schenken wird. Wie auch andre Behörden hatte das preußische Ministerium des Innern sich bemüht, für seine Beamten und die Beamten der innern Verwaltung in Berlin Lebensmittel, die dem freien Verkauf unterlagen, zu beschaffen. Die Beamten waren hierfür sehr dankbar. Unter andern wurde bei einer Berliner Firma auf Grund deren Offerte Kakao bestellt. Der Waggon, worin er transportiert wurde, geriet in Brand und mußte umgeladen werden. Auf Veranlassung irgendeines Eisenbahnbeamten wurde der Inhalt beschlagnahmt. Das Ministerium des Innern telegraphierte auf Anfrage der Polizeiverwaltung in Ahlen, daß es den Kakao bestellt hatte, worauf die Staatsanwaltschaft die Sendung freigab. Dieses Telegramm habe ich lediglich in amtlicher Eigenschaft abgelassen, und es ist eine völlig aus der Luft gegriffene Erfindung, deren verläumderischer Zweck durchsichtig ist, wenn irgend jemand behauptet hat, ich hätte die Freigabe nicht im Dienstweg, sondern privatim nachgesucht. Als Privatmann habe ich mit der Lieferung nicht das geringste zu tun gehabt. Von der Kakaobestellung habe ich überhaupt erst durch die telegraphische Anfrage Kenntnis erhalten. Die Verleumdung ist bereits im Sommer 1919 in der Presse durch Klarstellung des Sachverhalts abgetan worden. Trotzdem tauchte sie im Wahlkampf 1920 auf und wurde widerlegt. Sie scheint aber gewissen Politikern gar zu gut zu gefallen; ein deutlicher Beweis für die Verrohung und Gewissenlosigkeit des politischen Kampfes, die Deutschland zugrunde richtet.

Weitere Nachrichten.

— **(Die Abrüstung der Ost-Festungen verlangt!)** Wie verlautet, hat die Botschafterkonferenz die deutschen Gegenvorschläge zur Abrüstung und Entwaffnung der Festungen an der Ost- und Nordsee abgelehnt. Gegen dieses Vorgehen protestiert die deutsche Reichsregierung.

— **(Beanstandung der Polizeiausrüstung.)** Beim Reichsministerium des Aeußern ist eine neue Note der Entente über die Schutzpolizei eingegangen. In ihr wird die Ausstattung der Polizei mit Luftfahrgeräten beanstandet, weil diese angeblich mit dem Friedensvertrage im Widerspruch steht.

— **(Ein Handelsübereinkommen zwischen London und Moskau?)** Die Londoner Zeitungen melden, daß die Unterhandlungen zwischen Krassin und dem englischen Handelsminister Horne in der vorigen Woche zu einem Uebereinkommen geführt haben, soweit es sich um reine Handelsfragen handelt. In dieser Woche werde man versuchen, die politischen Fragen zu regeln.

— **(Aus Irland.)** Nach einer Reutermeldung aus Dublin hat ein Unbekannter eine Bombe in die Geschäftsräume von Freemanns Journal geworfen. — Wie die englischen Blätter melden, gerieten in Middleton, Grafschaft Cork, eine Anzahl Polizisten in einen Hinterhalt. Einer wurde getötet, 8 wurden verwundet. — Daily Herald will wissen, daß das unter dem Vorsitz des Generals Strickland tagende Militärgericht einen Bericht verfaßt habe, wonach die Brandkatastrophe in Cork von den Hilfspolizisten verursacht worden sei.

— **(Wie die Hunnen!)** Die englische Regierung gibt zu, daß sie in Irland Repressalien übe, um solche Iren zu bestrafen, die unterlassen haben, den Behörden die bei den Unruhen festgestellten Hinterhalte anzugeben. Die Häuser der betreffenden Iren werden zerstört. — Nach Blättermeldungen aus London haben die Militärbehörden in Cork infolge der Ankunft von Truppen in der Gegend von Minddelton und Giebehouse öffentlich mitgeteilt, daß sie die Häuser, in deren Umgebung die Angriffe stattfänden, mit Möbeln verbrennen würden. Das ist am 1. Januar mittags geschehen. Den Bewohnern wurde eine Stunde Zeit gelassen, die Häuser zu räumen. Es durften keine Möbeln aus den Häusern entfernt werden.

— **(Die Verhandlungen mit den Sinnfeinern gescheitert.)** Die Regierung in Dublin teilt mit, daß die Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Sinnfeinern gescheitert seien. In London verlautet, daß der Kriegszustand auf ganz Irland ausgedehnt wurde, mit Ausnahme des Bezirks Ulster.

— **(Gescheiterter Putsch in Belgrad.)** Die südslawische Regierung hatte rechtzeitig von einem für den 30. Dezember vorigen Jahres geplanten Putsch in Belgrad Kenntnis erhalten. Die kommunistischen Elemente haben allem Anschein nach im Einverständnis mit dem Bauernführer Stephan Radek die Macht an sich zu reißen versucht. Sie verfügten über beträchtliche Geldmittel, die teilweise russischen Ursprungs waren, teilweise von d'Annunzio herrührten. Am 29. Dezember wurde der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr eingestellt. Am 30. Dezember morgens wurde das Arbeiterheim, die Hochburg der Belgrader Kommunisten, von Militär umstellt und die dort anwesenden Führer verhaftet.

— **(Streik in der Hamburger Eisenindustrie.)** Der Verband der Arbeitgeber der Groß-Hamburger Eisenindustrie hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der den Arbeitnehmern wesentliche Lohnerhöhungen zugestand, abgelehnt. Es wurde darauf mit überwältigender Mehrheit die Arbeitseinstellung beschlossen. Sie erstreckt sich auf etwa 150 Betriebe der Eisenindustrie, die zum Teil auch auf preußischem Gebiet liegen. Der Streik ist seit Montag in Wirksamkeit. Die Vertrauensleute des deutschen Metallarbeiterverbandes haben sich zu einer außerordentlichen Versammlung zusammengefunden, um über die weiteren Maßnahmen zur Durchführung des Streiks zu beraten. Der stellvertretende Demobilmachungskommissar hat es abgelehnt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären und die Angelegenheit an das Reichsarbeitsministerium verwiesen. Der Verband der Eisenindustriellen in Hamburg teilt mit, daß die ausständigen Arbeiter als entlassen gelten.

— **Ein gerissener Hochstabler verhaftet.** Der Berliner Polizei ist es gelungen, einen Hochstabler namens Oerthel festzunehmen, der unter dem Namen eines Freiherrn von Egloffstein große Betrügereien verübt hat. Nach der Revolution gelang es ihm mittels falscher Papiere Kommandant des Gefangenenlagers in Holzminden zu werden, wo sich meist französische und belgische Offiziere befanden. In Begleitung einiger französischer Offiziere fuhr er zu Marschall Foch, wurde von diesem empfangen und erhielt ein Empfehlungsschreiben an den General Dupont in Berlin. Hier wurde ihm die Fürsorge für die französischen Kriegsgefangenen übertragen und somit wurde er Mitglied der interalliierten Kommission. Später wurde er zur Führung offizieller Verhandlungen nach Bukarest geschickt, wo er bei einer versuchten Cocainschiebung verhaftet wurde.

— **Schon wieder ein Postüberfall.** In der Nacht zum 31. Dezember wurde das Postamt in Sande bei Wilhelmshaven von vier mit Infanteriegewehren und Beilen bewaffneten Banditen überfallen. Der Vorsteher des Postamts wurde aus dem Bette herausgeholt und zum Oeffnen des Geldschranks gezwungen. Den Räubern fielen Postwertzeichen, Einkommensteuermarken und Versicherungsmarken im Gesamtbetrage von 62 600 Mark in die Hände, an barem Gelde nur 153 Mark 50 Pfennig. Der Führer der Bande bezeichnete sich als Beauftragter der kommunistischen Partei und trug auf seinem grauen Militärmantel den Buchstaben K. Die Oberpostdirektion in Oldenburg hat auf die Ergreifung der Täter 2000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Keine bayerische Ministerkrise.

(Tu) **München**, 4. Jan. Die München-Augsburger Abendzeitung schreibt: Es wird allen Ernstes in führenden Blättern die Nachricht verbreitet, daß es wegen der Einwohnerwehrfrage zu einer bayerischen Kabinettskrise kommen werde; Ministerpräsident Kahr werde zurücktreten, die bayerische Volkspartei werde mit dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn Mayer, wegen einer Kabinettsbildung in Verbindung treten. Alle diese Behauptungen sind lediglich Kombinationen, die schon deswegen keine Grundlage haben können, weil überhaupt noch keine Entscheidung in der Einwohnerwehrfrage seitens der Entente gefallen ist.

Ein Erdbeben in Albanien.

(TU) **Paris**, 4. Jan. Nach Nachrichten, die das amerikanische Rote Kreuz in Paris erhalten hat, hat ein neues Erdbeben und zwar in Albanien stattgefunden. Die Stadt Elbassan soll gänzlich zerstört sein. Bisher sind 14 Tote und 300 Verwundete festgestellt. 10 000 Personen sind obdachlos.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 5. Jan. Schöne Stunden waren es, die der Turnverein „Kaiserkrone" an den beiden Feiertagen seinen Gästen bereitet hat. Mit der Wiedergabe des Schauspiels „Gefühnte Schuld" hat die Spielleitung des Vereins einen äußerst glücklichen Griff aus dem reichhaltigen Schatz unserer Theaterliteratur getan. Man könnte es als Undank den Spielern gegenüber betrachten, wollte man nicht die natürliche und korrekte Wiedergabe besonders hervorheben. Erna, die Tochter des reichen Kommerzienrats Waldau, fesselte das Publikum vom ersten bis zum letzten Akt. Ihr hoheitsvolles Auftreten dem Baron von Eversberg gegenüber, ihr flehentliches Bitten an den sie ins Elend gebrachten Gatten, ihr Minenspiel zwang alle Zuhörer zum geistigen Miterleben. Alle Mitwirkenden gebührend zu würdigen, würde zu weit führen. Kostüme und Ausstattung der Bühne ließen nichts zu wünschen übrig. Ein herzerquickender, humorvoller Faden zog sich alsdann durch das niedliche Singspiel „In einem kühlen Grunde" oder „Die Mühle im Tal". Hier zeigte es sich, daß der Verein auch auf diesem Gebiet über gute Kräfte verfügt. Die glockenreine Stimme der Lisel schmiegte sich vorteilhaft an die des Müllerburschen Jobst an. Das große, sich von Zeit zu Zeit drehende Mühlenrad gab dem ganzen Bild ein äußerst naturgetreues Gepräge. Auch die übrigen Rollen lagen in guten Händen, sodaß auch die Wiedergabe dieses Singspiels über jeden Tadel erhaben war. Mit einer freudigen Ueberraschung konnte der Verein seine Gäste aufwarten und zwar in Gestalt des elektrischen Lichtes. Dank den maßgebenden Stellen, die ihre Einwilligung hierzu gaben, Dank aber auch der Firma Kobert & Henkel von hier, die in einigen Stunden dieses Licht hervorgezaubert hatte. Wie traurig sahen hiergegen die Gasflammen aus. Alles in allem kann man sagen, es paßte alles zusammen. Man halte sich alle erdenkliche Mühe gegeben, um den Besuchern etwas vollwertiges zu bieten; selbst die elektrische Theaterklingel-Anlage fehlte nicht und kann der Verein mit Genugtuung auf seine Weihnachts-Aufführungen von 1920 zurückblicken. So kann man den Wunsch, der vielfach geäußert wurde, eine Wiederholung des Programms in Bälde, folgen zu lassen, wohl verstehen. Auch der Einsender dieses schließt sich diesem Wunsch an in der Hoffnung, daß es recht bald geschehe.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 5. Jan. **(Krieger- und Landwehr-Verein Kamen.)** Die diesjährige erste Generalversammlung wurde vom 1. Vorsitzenden mit den besten Wünschen für den Verein und das deutsche Volk eröffnet. Nach dem Jahresbericht tritt der Verein mit 376 Mitgliedern, darunter 3 Ehrenmitgliedern, 31 Altveteranen und 167 Kriegsteilnehmern 14/18 ins neue Jahr ein. Gestorben sind im Berichtsjahre 13 Kameraden. Das Vereinsvermögen betrug am 30. 12. 20 6308,12 Mark. Der Vereinsbeitrag kann für 1921 bei sparsamster Wirtschaft auf 12 Mark bestehen bleiben. Wegen 50jähriger Vereinszugehörigkeit werden die Kameraden Karl Standop und W. Barthold zu Ehrenmitgliedern ernannt. 14 Kameraden konnten wegen 25jähriger treuer Zugehörigkeit zum Verein geehrt werden. Da die Ehrenzeichen augenblicklich sehr teuer sind, so beschließt die Versammlung, von der Beschaffung vorläufig Abstand zu nehmen. Der Verein zahlte im Berichtsjahre an 9 Kameraden und 9 Witwen 375 Mark Unterstützungen. Ferner erhielten vom D. K.-Bd. 10 Witwen insgesamt 230 Mark; dazu die Sterbegelder in Höhe von 2460 Mark, ergibt eine ausgezahlte Unterstützungssumme von 3065 Mark, rund 8 Mark auf den Kopf der Mitglieder. Es ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Verein seine Fürsorgearbeit voll und ganz gelöst hat und es ist nur zu bedauern, daß noch immer viele, die für Heimat und Herd, für Weib und Kind freudig gekämpft haben, den Reihen der Kameraden fern bleiben. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, noch viele Säumige heranzuziehen zur tatkräftigen Kameradschaftlichkeit. Nach der Rechnungslage durch den Kameraden Hiddemann wurden zu Rechnungsprüfern die Kameraden Westhoff und Dehler gewählt. Als Abgeordnete für die Verbandstage wurden die Kameraden Scharfenberg, Hauptreif und F. Dehler bestimmt. Die Vereinsmitglieder werden gebeten, die demnächst zur Ausgabe gelangenden Jahrbücher im Preise von 2 Mark abzunehmen. Die Bücher sind mit ihrem reichen Inhalt an Familienbüchern im wahrsten Sinne des Wortes. Der Verein beschließt, am 27. Februar 1921 ein Wintersest zu begehen, bestehend in Theater und Ball. Zur Deckung der Unkosten sollen auch die Mitglieder mit einem geringen Eintrittspreis herangezogen werden. Die Vergütung für den neugewählten Vereinsboten Kameraden G. Rumpff wird auf 300 Mark jährlich festgesetzt. Es wurde darüber geklagt, daß bei der Beitragseinziehung vielfach dem Boten allerlei Unannehmlichkeiten bereitet würden. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß ja der Beitritt und die Zugehörigkeit zum Verein jedem freistehe. Wer also nicht mehr glaubt, dem Verein angehören zu können oder wem die Beiträge lästig fallen, der trete ganz einfach aus, oder komme in die Versammlungen und bringe dort seine Ansichten an, aber lasse den Boten nicht vergebliche Gänge machen oder werfe ihm Grobheiten an den Kopf. Die Mahngebühr wurde auf 25 Pfg. erhöht. Die Ergänzungswahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des 1. Vorsitzenden, Kameraden Ebbinghaus und des Beisitzers Kameraden Bornschein. Als 2. Schriftführer wurde neu Kamerad Hauptreif gewählt. Außerdem legte Kamerad Hiddemann wegen Arbeitsüberbürdung nach 25jähriger treuer Geschäftsführung sein Amt als Kassierer nieder. An seine Stelle trat Kamerad Weber.

Kamen, 5. Jan. **Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Kamen u. Umgegend.** Aus Anlaß der Werbeversammlung der heimatstreuen Oberschlesier, Ortsgruppe Kamen, findet der Familienabend nicht am Sonntag, den 9. Januar, sondern am Sonntag, den 23. Januar statt. Man beachte das Inserat am Freitag dieser Woche.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Für Lungenkranke werden am Donnerstag, den 6. ds. Mts., je 250 Gramm Butter zum Preise von 26 Mk. je Pfund verausgabt. (38

NIVEA

Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme.

In Blechdosen und Tuben zu haben in den Apotheken und Drogenhandlungen.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute vormittag 10 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unsern herzensguten Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Wirt

Friedrich Lehmhaus

im Alter von 59 Jahren nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Johanna Lehmhaus
geb. Dieckerhoff, verw. Kestermann
nebst Kindern.

Methler, Lünen, Lippholthausen, den 3. Januar 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Januar 1921, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Methler 80a, aus statt. — Allen denen, die aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, diene diese als solche. 36

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Mitglieds und Vereinswirts

Friedr. Lemhaus

treten die Mitglieder des Turnvereins „Deutsche Treue", Breiten, am **Donnerstag nachm. 2½ Uhr** beim ersten Vorsitzenden, Herrn Anton Kettendörfer, an.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet 37

Der 1. Turnwart.

Gesucht für einige Kabelmonteure 43

Schlafstelle

evtl. mit Verpflegung.

Gasthof zum Amtsgericht.

2 Junggesellen, auf Grillo beschäftigt, suchen anständ.

Kost u. Logis

möglichst sofort. 20

Angebote mit Preis zu richten an die Geschäftsst. der Kam. Ztg. u. Nr. 20.

Junger Mann sucht

Kost u. Logis.

Angebote an die Geschäftsstelle. 28

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmoniums

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangsteg D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik **Berlin S 42**

Roth & Junius Hof-Piano- u. Flügelfabrik **Hagen i.W.** Bahnhofstr. 29.

Hellgrauer Spitz



auf den Namen „Molly" hörend, in der Silvesternacht **entlaufen.**

Gegen Belohnung abzugeben

46 **Dortmunderstr. 88.**

Morgenmädchen

für leichte Hausarbeiten gesucht. 22

Wo s. d. Geschst. d. Z.

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich in der **Kamener Zeitung.**

Unser grosser

Inventur-Ausverkauf

hat heute in allen Abteilungen begonnen.

Wir gewähren auf sämtliche **Damen- und Herrenkonfektion, Mädchen- und Knabenkonfektion** einen

Rabatt von 20%

Ferner bieten wir an:

Nessel prima Qualität ca. 78—82 cm breit, Meter **jetzt** 16.90, 16.75 und **11.50**

Hemdentuch nur gute westfälische Ware u. süddeutsche Fabrikate 78—82 cm breit Meter **jetzt** 21.50, 16.80 und **13.75**

Biber ungebleicht, nur gute, dauerhafte Ware ca. 78—82 cm breit . . . . . Meter **jetzt** 22.50 18.50 und **15.50**

Biber gebleicht, nur gute westfälische und süddeutsche Fabrikate ca. 78—82 cm br. Meter **jetzt** 29.50, 26.50, 24.50 und **18.75**

Schürzensiamosen nur allerbeste Fabrikate, garant. wasch- u. kochecht, 120 cm breit . . . . Meter **jetzt** 32.—, 28,50 und **25.50**

Schürzendruck ganz gute Qualität 120 cm breit Meter **jetzt** **29.50**

Kleiderdruck beste Ware, ca. 75 cm breit Meter **jetzt** **19.75**

Handtuchgebild in Baumwolle, Halbleinen und Reinleinen . . . . . Meter **jetzt** **21.50** **16.50** **13.50** und **10.50**

Ferner sind sämtliche Artikel für die Dauer des Ausverkaufs im Preise

ganz bedeutend ermässigt.

45

W. RUNGE Nachflg. Unna.

1000 billige Kinder-Hemden!

50 cm	60 cm	70 cm	80 cm	90 cm.
5.25 Mk.	**6.75 Mk.**	**9.00 Mk.**	**10.85 Mk.**	**14.50 Mk.**

Arnold Wiemer, Kamen. 35

Extra-Angebot!

Nur solange Vorrat reicht!

Rohnessel	Meter	12.50
Schürzensiamosen 120 cm	Meter	22.50
Biber hell gestreift	Meter	17.50
Grau-Biber	Meter	13.90
Kleiderbiber dunkle Muster	Meter	19.50
Blusenbiber gute Ware	Meter	18.50
Hauskleiderstoff 130 cm	Meter	29.80
„ „ „	Meter	27.50
Anzugstoff 140 cm	Meter	75.00

Damen- u. Kinder-Mäntel, sowie Herren-Ulster u. Paletots werden wegen vorgerückter Saison zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.

Hopp & Klein,

Kamen, Weststr. 70. 40

Preis-Abbau! Preis-Abbau!

Extra billiges Angebot für

Lebensmittel!

Ia. süßes Rübenkraut	Pfd.	2,90
Ia. gelbe Viktoria-Erbsen	Pfd.	3,25
Ia. geschälte Erbsen	Pfd.	3,00
Ia. grüne Erbsen	Pfd.	2,50
Ia. graue Erbsen	Pfd.	2,50
Ia. Rangoon-Vollreis	Pfd.	4,75
Ia. Perlsago	Pfd.	4,75
Ia. Griesmehl	Pfd.	4,75
Ia. Haferflocken	Pfd.	3,75
Ia. Haferbackmehl	Pfd.	3,50
Ia. helles Rüboel	Ltr.	24,00
Ia. Mais	Pfd.	2,30
Ia. frische Süßrahm-Margarine	Pfd.	14,00
Ia. frisch gebr. Kaffee	Pfd.	28,00
Ia. Kakao	Pfd.	23,00

Zur Wäsche:

Ia. Kernseife	Doppelstück	6,00
Ia. Friedens-Schmierseife	Pfd.	8,00
Ia. gutes Seifenpulver	Pak. 3,75 u.	4,20
Ia. Persil	Paket	4,00
Ia. Luhns Seifenpulver	Paket	2,25
Ia. Henkels Bleichsoda	Paket	1,60

Ia. Schuh-Tran . . . . . Ltr. 20,00

Arnold Wiemer,

Kamen. 39

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 2210

Helft Oberschlesien für Deutschland erhalten!

Große Versammlung

im Schützenhof am **9. Januar 1921, um 6 Uhr.**

Vortrag — Lichtbilder — Gesang-Vorträge
der Männer-Gesang-Vereine „Auguste Viktoria", „Einigkeit" u. kath. Gesang-Verein
und Aufführung.

Tanzunterricht

Lerche.

Beginn des angezeigten

Kursus

Freitag, den 7. Januar, 7½ Uhr, im Saale des Herrn Keitmann. 42
Kenntnis der üblichen Rundtänze erforderlich.

C. Büscher u. Sohn.

Eheleute.

Hygienische Bedarfsartikel aller Art, Gummiwaren etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 u. 2—6 Uhr Sonntags 9—12 Uhr. p17227

E. Becker, Dortmund, 1. Kampstraße 126, 2. Etage Direkt am Körnerplatz, 5 Min. vom Hauptbahnhof. 528.

Hautjucken, Krätze

wird unter Garantie in 3 Tagen mit echtem Pura geheilt. Geruchlos ohne Berufsstörung.
Paket f. Kinder Mk. 6.50
für Erwachsene Mk. 10.—
für ältere Fälle Mk. 15.—
Allein echt durch:
Löwendrogerie
Willy Klinkmann,
Weststraße 1. 32

6 Hühner

weiße Italiener, und ein

Hahn

abzugeben. 47
Zu erfr. in der Geschst.

Neue und gebrauchte

Möbel

aller Art stets auf Lager.
Fr. Blume, Schillstr. 5.

Eine tragende p2

Schweizerziege

und Lamm preisw. zu verk.
Ostenmauer 30, I.

Umgepreßt

und gereinigt wird jeder

Herrenhut

für nur **17.50 Mark**
in eigener Werkstatt.

Damenhüte und Pelze
werden billigst umgearbeitet.

Gebr. Keil, Kamen,
5290 Bahnhofstraße 57.

Grosser Preiss-Abschlag auf Lebensmittel!

Ia. helles Backöl	Ltr.	24.00
Ia. Tafel-Margarine	Pfd.	14.50 und 13.90
Ia. Viktoria Riesen-Erbsen	Pfd.	3.25
Ia. grüne Erbsen	„	2.50
Ia. braune Bohnen	„	2.20
Ia. Wachtelbohnen	„	2.65
Ia. Rangoon-Reis	„	4.80
Ia. Perl-Sago	„	4.80
Ia. Kartoffelmehl	„	4.50
Ia. Dän. Goudakäse	„	16.90
Ia. Tilsiter Käse	„	17.50
nach Tilsiter Art	„	8.00
Ia. Remy-Reis-Stärke	„	10.00
Ia. Perl-Mais	„	2.10
	100 Pfd.	195.00

33

J. Kadden, Kamen.

Von der Reise zurück Dr. med. Ochs

Spezialarzt für Haut-, Harn-, Geschlechtskrankheiten. Institut für Licht- u. Röntgenbehandlung.
Hamm (Westf.), Mittelstr. 4a, Ecke Friedrichstr. Fernspr. 886.
Sprechstunden:
9—12 Uhr und 3—6 Uhr ausser Samstags nachmittags und Sonntags.
5346

Reinigen **Färben**

Umpressen

von alten Hüten 4883
schnell und sehr billig.

E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55.

Schmalz

p. Pfd. 17 Mk.

Paß's Butterhalle
Kamen, Weststr. 54
Bahnhofstr. 53.

Preise für

Schuhreparaturen

gesetzt.

Nur prima Sohlleder kommt zur Verarbeitung.

W. Uebach,
Schuh- u. Reparatur-Werkstatt. 41